



Caritas Behindertenhilfe
und Psychiatrie e.V.
Fachverband im
Deutschen Caritasverband

BTHG Newsletter

CBP INFO: Anhörung zum Angehörigen-Entlastungsgesetz am 4.11.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern, am 4. November 2019, fand die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Angehörigen-Entlastungsgesetz ([19/13399](#)) statt. Janina Bessenich, (stellv.) Geschäftsführerin und Justiziarin des CBP, hat als Sachverständige für den Verband daran teilgenommen.

Mit dem Gesetz sollen Kinder von pflegebedürftigen Eltern und Eltern von volljährigen Kindern mit Behinderung finanziell entlastet werden. Diese sollen künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 € brutto für den Unterhalt für ihre Eltern oder Kinder von Trägern der Sozialhilfe herangezogen werden.

Der Schwerpunkt der Anhörung konzentrierte sich auf die Entlastung von Angehörigen der Pflegebedürftigen und der volljährigen Kinder mit Behinderung und die von der Bundesregierung zugrunde gelegte **Kostenberechnung** zum Angehörigen-Entlastungsgesetz, die Mehrkosten für die Träger der Sozialhilfe beschreiben. Das Angehörigen-Entlastungsgesetz bezweckt, Angehörige von pflegebedürftigen Kindern bzw. Eltern finanziell zu entlasten. Diese Angehörigen sollen **künftig** bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 € brutto für den Unterhalt für ihre pflegebedürftigen Eltern oder volljährigen Kinder mit Behinderung nicht herangezogen werden. Die Neuberechnung der Mehrkosten wurde bereits vom Bundesrat empfohlen, insbesondere im Bereich der Hilfen zur Pflege (Kapitel 7 SGB XII). Gleichzeitig wurde beraten, dass im Rahmen dieses Gesetzes eine Entlastung für Eltern volljähriger Kinder vorgenommen wird, aber nicht für Eltern minderjähriger Kinder. Es wurde deutlich, dass die finanzielle Entlastung von Eltern von minderjährigen Kindern mit Behinderung fachlich angezeigt ist, wie bereits vom CBP in der Stellungnahme gefordert. Aus Kostengründen ist dies allerdings im Gesetzgebungsverfahren nicht zu erwarten. Weitere Beratungen konzentrierten sich auf das Budget für Ausbildung, dessen Ausgestaltung als zu kurz gegriffen eingeschätzt wurde, weil die Zielgruppe zu eng gefasst wurde. Junge Menschen, die Anspruch auf die berufliche Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen haben, sollen künftig mit einem Budget für Ausbildung gefördert werden, wenn sie eine nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder nach dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HwO) anerkannte Berufsausbildung erwerben wollen. Bei den weiteren Regelungen, die das Bundesteilhabegesetz (BTHG) betreffen, wurde insbesondere die Entfristung der unabhängigen Teilhabeberatung begrüßt, allerdings die Erhöhung der Förderung gefordert.

Zu den einzelnen Punkten hat sich der CBP wie folgt positioniert:

- Der CBP begrüßt, dass mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz die Inanspruchnahme unterhaltsverpflichteter Angehöriger begrenzt wird. Allerdings müssen auch für Eltern von minderjährigen Kindern mit Behinderung Lösungen zur Entlastung gefunden werden.
- Die Entfristung der EuTB wird ebenfalls durch den CBP befürwortet, allerdings mit der Forderung nach der Erhöhung der Fördersumme.
- Bei der Verbesserung von Personalschlüsseln für andere Leistungsanbieter mahnt der CBP an, dass höhere Personalschlüssel an die zu erbringende Leistung und Konzeption geknüpft sein müssen. Entscheidend darf nicht sein, welcher Leistungsanbieter die Leistung erbringt. Der CBP fordert daher in der Werkstättenverordnung die Möglichkeit, abweichende Personalschlüssel zu vereinbaren, wenn dies für die individuelle Förderung der Leistungsberechtigten erforderlich ist.



Caritas Behindertenhilfe
und Psychiatrie e.V.
Fachverband im
Deutschen Caritasverband

- Die Einführung eines Budgets für Ausbildung wird vom CBP begrüßt. Allerdings braucht es hier deutliche Nachbesserungen. Der CBP erwartet, dass die bisher sehr enge Zielgruppe des Angebots erweitert wird, damit mehr jungen Menschen mit Behinderung oder mit psychischer Erkrankung die Chancen des Budgets für Ausbildung nutzen können.

Im Gesetzesentwurf fehlen wichtige und notwendige Korrekturen zum BTHG, auf die der CBP bereits mehrfach hingewiesen hat. Der Gesetzgeber verpasst mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz eine letzte große Möglichkeit um den BTHG-Systemwechsel, der mit dem Einführen der Dritten Reformstufe des BTHG ab dem 1. Januar 2020 eintreten wird, besser abzufedern. Das wird zu großen und schmerzhaften Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen und Leistungserbringer führen.

Weitere Informationen dazu erhalten Sie in der angefügten Stellungnahme des CBP zum Angehörigen-Entlastungsgesetzes vom 29. Oktober 2019.

Für Fragen oder Rückmeldungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Kerstin Tote

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.
Kerstin Tote
Referentin
Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin
Tel: 030-284447-822
E-Mail: kerstin.tote@caritas.de

Der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) ist ein anerkannter Fachverband im Deutschen Caritasverband. Mehr als 1.100 Mitgliedseinrichtungen und Dienste begleiten mit ca. 94.000 Mitarbeitenden rund 200.000 Menschen mit Behinderung oder mit psychischer Erkrankung und unterstützen ihre selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Aktuelle Informationen erhalten Sie über unseren [Newsletter](#).



Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. (CBP)

Stellungnahme zum

Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz) BT-Drucksache 19/13399

zur Anhörung beim Deutschen Bundestag
Ausschuss Arbeit und Soziales am 4. November 2019

Berlin, den 29. Oktober 2019

Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.,
Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin
Tel. 030-284447-822, Fax 030-284447-828
cbp@caritas.de – www.cbp.caritas.de

Vorbemerkung

Der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) bildet mit mehr als **1.100** Mitgliedern, die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe betreiben, eine der größten Interessenvertretungen von gemeinnützigen Anbietern der sozialen Dienstleistungen für über 200.000 Kinder, Jugendliche und erwachsene Menschen mit Behinderung oder mit psychischer Erkrankung in Deutschland. Der CBP ist ein anerkannter Fachverband im Deutschen Caritasverband. Die Mitglieder des CBP tragen die Verantwortung für über 94.000 Mitarbeitende und unterstützen die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen am Leben in der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund nimmt der CBP wie folgt Stellung.

Zusammenfassung

Der CBP begrüßt den Gesetzentwurf zum „Angehörigen-Entlastungsgesetz“. Entsprechend seines Auftrags konzentriert sich der CBP in der vorliegenden Stellungnahme auf die Themen, die Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen betreffen – und damit vorrangig auf Themen zum Bundesteilhabegesetz. Die meisten im Gesetzentwurf des Angehörigen-Entlastungsgesetzes enthaltenen neuen Regelungen unterstützen das Ziel, Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe zu gewähren und die Angehörigen finanziell zu entlasten. Im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sind aber noch weitere dringende Korrekturen nötig, damit sich die Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen, insbesondere in besonderen Wohnformen, durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes nicht verschlechtern z.B. durch die Einführung der Umsatzsteuerpflicht für Lebensmittel in besonderen Wohnformen. In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, dass unterschiedliche BTHG-Umsetzungs- bzw. Übergangsregelungen in den Bundesländern – die vom Bundesgesetzgeber so nicht vorgesehen waren – zu einem leistungsrechtlichen „Flickenteppich“ in Deutschland führen und für Menschen mit Behinderung eine große Rechtsunsicherheit bei der Leistungsgewährung vor Ort entsteht, weil z.B. die Teilhabe- und Gesamtplanverfahren nicht flächendeckend durchgeführt werden. Es ist für Menschen mit Behinderung nicht nachvollziehbar, dass ab dem 1. Januar 2020 die Leistungen der Eingliederungshilfe in unterschiedlichem Umfang und in unterschiedlicher Qualität abhängig von der jeweiligen landesrechtlichen Umsetzungsvereinbarung und abhängig von Wohnort des Leistungsberechtigten bewilligt bzw. erst nach dem Beschreiten des Rechtsweges bewilligt werden. Aus diesem Grunde ist der Bundesgesetzgeber aufgefordert, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes regelmäßig zu prüfen und zu überwachen. Die dafür im BTHG in Artikel 25 festgelegte Unterstützung ist nicht ausreichend und scheitert in vielen Punkten bereits aufgrund der formulierten Zielsetzung, die mit dem Tempo der Umsetzung auf Länderebene kollidiert.

Der CBP regt deshalb für die BTHG-Umsetzung auf Landesebene für mindestens 10 Jahre ein bundesweites unabhängiges Monitoring durch den Bundesgesetzgeber an, damit die Bewilligung der Leistungen der Eingliederungshilfe bundesweit dem Anspruch der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen aus dem Art. 72 GG gerecht werden.

Der CBP begrüßt, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die ***Inanspruchnahme unterhaltsverpflichteter Angehöriger*** begrenzt wird. Allerdings müssen gerade für Eltern und Unterhaltspflichtige von minderjährigen Kindern mit Behinderung ergänzende und nachhaltige Lösungen zur Entlastung gefunden werden.

Die Einführung eines **Budgets für Ausbildung** wird im Grundsatz begrüßt und als Chance gesehen, den Zugang zu beruflicher Ausbildung und Bildung zu verbessern. Der CBP erwartet jedoch, dass die bisher sehr enge Begrenzung der Zielgruppe und der Unterstützersettings erweitert wird, damit mehr junge Menschen mit Behinderung oder mit psychischer Erkrankung die Chancen auf ein Budget für Ausbildung nutzen können, wenn sie über keinen Schulabschluss verfügen und keine reguläre Berufsausbildung absolvieren können.

Die Klarstellung, dass Menschen mit Behinderung im **Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung** haben, wird sehr positiv bewertet. Es ist eine langjährige Forderung des CBP, die bereits auch von der Rechtsprechung bestätigt worden ist.

Die vorgesehene **Entfristung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EuTB)** befürwortet der CBP ausdrücklich, sieht allerdings im Hinblick auf die Finanzierung deutlichen Verbesserungsbedarf, um zu gewährleisten, dass die EuTB als niedrigschwelliges und unabhängiges Beratungsangebot nachhaltig gestärkt wird.

Bei der **Verbesserung von Personalschlüsseln** für „andere Leistungsanbieter“ bei der Teilhabe am Arbeitsleben mahnt der CBP an, dass höhere Personalschlüssel an die zu erbringende Leistung und Konzeption geknüpft sein müssen. Entscheidend darf nicht sein, welcher Leistungsanbieter die Leistung erbringt. Der CBP fordert daher in der Werkstättenverordnung die Möglichkeit abweichender Personalschlüssel zu vereinbaren, wenn dies für die individuelle Förderung der Leistungsberechtigten erforderlich ist.

Weiterhin empfiehlt der CBP, eine Neuregelung zum Leistungsberechtigten Personenkreis (§ 99 SGB IX) dem Gesetzgeber zeitnah vorzulegen und sorgfältig zu beraten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in der Arbeitsgruppe beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales **„Leistungsberechtigter Personenkreis“** am 2. Juli 2019 in Aussicht gestellt, die Änderungen in § 99 SGB IX sowie die „Verordnung über die Leistungsberechtigung in der Eingliederungshilfe“ noch im Jahr 2019 zu erreichen. Da die Regelung für den Zugang zur Eingliederungshilfe entscheidend ist und umfangreiche Beratungen im Gesetzgebungsverfahren benötigt, muss diese mit Sorgfalt beraten werden. Der bislang vom Bundesministerium vorliegende Entwurf zur Neuregelung des § 99 muss dringend ergänzt werden, dass dort auch **„die Ziele der Teilhabe nach § 4 SGB IX“** aufgenommen werden, da zu befürchten ist, dass Menschen mit Behinderungen mit hohem Unterstützungs- und Pflegebedarf bereits der Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe verweigert wird. Dies würde zu einer deutlichen Veränderung des Personenkreis führen, was der Gesetzgeber ausdrücklich verhindern wollte und würde bestimmte Personenkreise benachteiligen und leistungsrechtlich schlechter stellen. Hierzu führt der CBP in seiner Stellungnahme unter Punkt III Nr. 7 „Leistungsberechtigter Personenkreis“ nochmals näher aus. Inhaltlich verweist der CBP im Übrigen auf die Stellungnahme zum Referentenentwurf zum Angehörigen-Entlastungsgesetz der Fachverbände für Menschen mit Behinderung vom 3. Juli 2019¹ hin. Der CBP hat die Stellungnahme mit den anderen Fachverbänden verfasst.

¹ <https://www.cbp.caritas.de/der-verband/stellungnahmen/stellungnahmen-liste.aspx>

Dringender gesetzlicher Handlungsbedarf

Der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) sieht über die geplanten Änderungen des Gesetzgebers hinausgehend folgenden dringenden Handlungsbedarf mit Blick auf das Inkrafttreten der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes am 1.1.2020 (Stichtagsregelung!):

- Gewährleistung der Leistungskontinuität für junge Volljährige und Ergänzung der **Sonderregelung nach § 134 SGB IX** für Kinder und Jugendliche, die Leistungen zur Teilhabe zur Bildung erhalten und auch als volljährige Leistungsberechtigte zur weiteren Leistungserbringung in Wohngruppen für Kinder/Jugendliche verbleiben dürfen sollten,
- die **Klarstellung zur Umsatzsteuerbefreiung für Verpflegung und sonstigen Leistungen für Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen und Anpassung der Steuergesetze an die Systematik des Bundesteilhabegesetzes**
- die **Zuordnung von Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen** der Behindertenhilfe zur **Regelbedarfsstufe 1 anstelle der Regelbedarfsstufe 2**,
- die **verbindliche Einbeziehung** der Leistungserbringer in das Teilhabe- und Gesamtplanverfahren im Rahmen des § 121 SGB IX
- die **Konkretisierung des Rechts auf digitale Teilhabe und digitale Hilfsmittel** insbesondere dahingehend, dass der Zugang zu digitalen Hilfsmitteln und zur Assistenz nicht eingeschränkt werden darf,
- die **Streichung des § 43a SGB XI** und damit eine Bereinigung der Schnittstelle von Eingliederungshilfe und Pflege.

Auf diese Vorschriften wird in der Stellungnahme unter Punkt III. „weiterer gesetzlicher Handlungsbedarf“ nochmal Bezug nehmen.

I. Zu den Vorschriften im Einzelnen:

1. Anspruch auf Grundsicherung im Eingangs- und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen Art. 1 Nr. 2 (§ 41 SGB XII)

§ 41 Abs. 3a Ziffer 1 und 2 SGB XII sieht vor, dass Menschen, die im Eingangs- oder Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM), bei einem „anderen Anbieter“ tätig sind oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen, für das sie ein Budget für Ausbildung erhalten, einen Anspruch auf Grundsicherung haben. Der Referentenentwurf vermutete mithin eine volle Erwerbsminderung für den Zeitpunkt der Beschäftigung in einer der oben genannten Bereiche. Die Gesetzesbegründung führt insofern aus, dass Menschen mit Behinderung im Eingangs- und Berufsbildungsbereich als zeitlich befristet erwerbsgemindert angesehen werden.

Bewertung:

Der CBP bewertet positiv, dass der Gesetzentwurf ausdrücklich klarstellt, dass Menschen mit Behinderung im Eingangs- oder Berufsbildungsbereich einer WfbM einen Anspruch auf Grundsicherung haben. Dies entspricht einer langjährigen Forderung des CBP. Hintergrund der Forderung ist, dass Menschen mit Behinderung im Eingangs- und Berufsbildungsbereich der WfbM ihren Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII zurzeit oft nur im Wege der Klage vor den Sozialgerichten durchsetzen können. Im Rundschreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „2017/3“ vom 03.07.2017 an die obersten Landessozialbehörden wurde noch die Rechtsauffassung vertreten, dass die Dauerhaftigkeit der vollen Erwerbsminderung erst nach Beendigung des Berufsbildungsbereichs durch den Fachausschuss der WfbM festgestellt werden könne. Nach dieser Auslegung des § 45 Satz 3 Nr. 3 SGB XII hätten Menschen mit Behinderung, die den Eingangs- oder Berufsbildungsbereich einer WfbM durchlaufen, keinen Anspruch auf Grundsicherung. Dagegen spricht aber der eindeutige Wortlaut und die Systematik von § 45 Satz 3 Nr. 3 SGB XII in der seit 01.07.2017 geltenden Fassung. Danach ist bei Personen im Eingangs- bzw. Berufsbildungsbereich ebenso wie im Arbeitsbereich der WfbM vom Vorliegen einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung auszugehen, so dass sich deshalb eine Prüfung dieser Anspruchsvoraussetzung durch den Rentenversicherungsträger erübrigt. Der betreffende Personenkreis ist daher grundsicherungsberechtigt. Diese Rechtsauffassung wird auch in der aktuellen Rechtsprechung geteilt, z.B. SG Augsburg (Urteil vom 16.02.2018, Az. S 8 SO 143/17), SG Hannover (Beschluss vom 18.10.2018, Az: S 27 SO 379/18 ER) und Hessische LSG (Beschluss vom 28.06.2018, Az. L 4 SO 83/18 B ER). Zu beachten ist außerdem, dass durch das sogenannte „BTHG-Änderungsgesetz“, das am 17.10.2019 im Bundestag beschlossen worden ist, die Arbeit des Fachausschusses obsolet geworden ist. Die Arbeit des Fachausschusses soll künftig in den Teilhabeplanverfahren aufgehen.

2. Aufhebung der Unterhaltsheranziehung von Eltern und Kindern mit einem Jahresbruttoeinkommen bis zu 100.000 € in der Sozialhilfe Art. 1 Nr. 3 und 4b (§ 43 Abs. 5 SGB XII, § 94 Abs. 1a SGB XII)

§ 43 Abs. 5 SGB XII wird nunmehr in § 94 Abs. 1a SGB XII geregelt. Dabei wird § 43 Abs. 5 S. 3 SGB XII ersatzlos gestrichen. Nach § 43 Abs. 5 SGB XII bleiben Unterhaltsansprüche der Leistungsberechtigten gegenüber ihren Kindern und Eltern unberücksichtigt, sofern deren Einkommen die Jahreseinkommensgrenze von 100.000 EUR nicht übersteigt. Dabei enthält § 43 Abs. 5 SGB XII die gesetzliche Vermutung, dass der Unterhaltsschuldner die Jahreseinkommensgrenze in Höhe von 100.000 Euro nicht erreicht. Gilt die Vermutung als widerlegt, entfällt die Anspruchsberechtigung nach dem Vierten Kapitel dem Grunde nach (Abs. 5 S. 3), und zwar auch, soweit der vom Leistungsberechtigten nicht realisierte Unterhaltsanspruch den Bedarf nicht gänzlich deckt.

Das heißt, dass nach der geltenden Rechtslage ein Anspruch auf Grundsicherung ausgeschlossen ist, wenn das Einkommen der Eltern bzw. eines Elternteils 100.000 Euro p.a. überstiegen hat. Die Streichung des § 43 Abs. 5 S. 3 SGB XII führt dazu, dass es trotz des Überschreitens der Verdienstgrenze einen Anspruch auf Grundsicherung gibt.

§ 43 Abs. 5 S. 4 f. SGB XII sieht vor, dass der Sozialhilfeträger zur Widerlegung der Vermutung Angaben vom Leistungsempfänger verlangen kann, die Rückschlüsse auf die Einkommensverhältnisse seiner unterhaltspflichtigen Kinder oder Eltern zulassen. Diese

Angaben fallen unter die Mitwirkungspflichten der §§ 60 ff. SGB I. Daher kann bei einer Verweigerung der Angaben eine Versagung der Leistungen erfolgen. Ergeben sich aus den Angaben hinreichende Anhaltspunkte für ein Überschreiten der Grenze, ist die unterhaltspflichtige Person über ihre Einkommensverhältnisse zur Auskunft verpflichtet.

Bewertung:

Der CBP begrüßt die finanzielle Entlastung von Angehörigen. Nach Ansicht der CBP muss allerdings in der Neuregelung in § 94 Abs. 1a SGB XII klargestellt werden, dass nicht jeder Anhaltspunkt ausreicht, um die gesetzliche Vermutung zu überprüfen. In der Praxis macht der Sozialhilfeträger von der Regelung in § 43 Abs. 5 Satz 4 und 5 SGB XII relativ ausufernd Gebrauch. Zudem sollte der Anhaltspunkt, der Anlass zum Auskunftsverlangen gibt, auch mitgeteilt werden. Da dies in der Praxis immer wieder nicht geschieht, empfiehlt sich insoweit eine Klarstellung in der Gesetzesbegründung.

Lösungsvorschlag:

Der künftige § 94 Abs. 1a SGB XII sollte lauten:

*(...) Zur Widerlegung der Vermutung nach Satz 3 kann der jeweils für die Ausführung des Gesetzes zuständige Träger von den Leistungsberechtigten Angaben verlangen, die Rückschlüsse auf die Einkommensverhältnisse der Unterhaltspflichtigen nach Satz 1 zulassen. Liegen im Einzelfall **hinreichend** begründete Anhaltspunkte für ein Überschreiten der Jahreseinkommensgrenze vor, so ist § 117 anzuwenden. Die Sätze 1 bis 5 gelten nicht bei Leistungen nach dem Dritten Kapitel an minderjährige Kinder.*

3. Anspruchsübergang

Art. 1 Nr. 4a (§ 94 Abs. 1 SGB XII)

Nach dem bisherigen § 94 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 ist für Leistungen nach dem Vierten Kapitel ein Anspruch auf Verwandtenunterhalt vollständig vom Anspruchsübergang ausgeschlossen.

Bewertung:

Durch den Wegfall dieser Regelung ist künftig der Übergang des Anspruchs des Leistungsberechtigten gegenüber Eltern und Kindern möglich und kommt bei einem Überschreiten der Jahresverdienstgrenze i.H.v. 100.000 Euro in Betracht. Diese Regelung ist insoweit systemkonform.

4. Übergangsregelung zur Anrechnung der Rente

Zu Art. 1 Nr. 5 (§ 140 SGB XII)

§ 140 schafft eine Übergangsregelung zur Anrechnung der Rente zum Inkrafttreten der Trennung von Fachleistungen der Eingliederungshilfe und Lebensunterhalt zum 1.1.2020.

Diese Regelung wurde bereits in der Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Arbeit und Soziales vom 16.10.2019 (BT-Dr. 19/14120) zum Gesetzentwurf der Bundesregierung BT-Drucksache 19/11006 und im Änderungsgesetz am 17.10.2019 vom Bundestag beschlossen.

5. Entfristung der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung Art. 2 Nr. 2 (§ 32 SGB IX)

im vorliegenden Gesetzesentwurf ist die Entfristung der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatungsstellen (EuTB) vorgesehen. Das zusätzliche Angebot eines Beratungsnetzwerks von Menschen mit Behinderungen für Menschen mit Behinderungen soll damit nach der Erprobungsphase in eine Regelstruktur überführt werden. Die EuTB verfolgt konsequent den mit dem BTHG angestrebten Partizipationsansatz.

Bewertung:

Mit der vorgesehenen jährlichen Fördersumme von 65 Mio. € kann der bisherige Status quo der EuTB erhalten werden. Der CBP bedauert jedoch, dass die im Arbeitsentwurf noch vorgesehene Aufstockung der finanziellen Mittel ab 2023 in Höhe von jährlich 104 Millionen Euro im Gesetzesentwurf wieder zurückgenommen wurde. Bei der Fördersumme von 65 Mio. € werden die bisherigen Beratungsstellen (ca. 800 bundesweit), die keineswegs flächendeckend vorhanden sind, mit einem Budget von ca. 81.000 € jährlich/pro Beratungsstelle ausgestattet. Bereits jetzt zeigt sich in der Praxis, dass die meisten EuTB-Stellen unterfinanziert und personal unterbesetzt sind. Für die Netzwerkarbeit und -bildung und Öffentlichkeitsarbeit verbleiben nahezu keine Mittel. Diese Mittel braucht es aber für die nachhaltige Absicherung einer guten Arbeit der EuTB-Stellen. Mit dem Budget von 65 Mio. € wird das nicht erreicht.

Lösungsvorschlag:

Der CBP empfiehlt die Entfristung der EuTB mit der ursprünglich vorgesehenen Fördersumme von 104 Mio. € plus jährlicher Tarifanpassungen.

6. Erhöhung des Personalschlüssels bei anderen Leistungsanbietern Art. 2 Nr. 3 (§ 60 Abs. 2 SGB IX)

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass „andere Leistungsanbieter“, die berufliche Bildung oder Beschäftigung „ausschließlich in betrieblicher Form“ anbieten, von dem in § 9 Abs. 3 Werkstättenverordnung (WVO) festgelegten Personalschlüssel nach oben abweichen soll. Hierzu sollen zwischen den Leistungserbringern und den Leistungsträgern ein besserer Personalschlüssel (z.B. 1:4 anstatt 1:6) vereinbart werden.

Bewertung:

Grundsätzlich bewertet der CBP eine Möglichkeit der Verbesserung der Personalschlüssel positiv, mahnt jedoch an, dass die Personalschlüssel fachlich an die zu erbringende Leistung und Konzeption des Leistungserbringers geknüpft sein müssen. Von diesem Grundsatz geht auch die Werkstättenverordnung (WVO) aus, die von einer durchschnittlichen Personalausstattung ausgeht, von der aber auch abgewichen werden kann. Die Werkstattempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger der Sozialhilfe weisen ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei den in der WVO genannten Personalschlüsseln um Durchschnittsschlüssel für den Regelfall handelt.² Eine bessere personelle Ausstattung ist dementsprechend in bestimmten Fällen möglich, wenn der individuelle Bedarf des Beschäftigten es erfordert.

² Nr. 4.6.3 Werkstattempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger der Sozialhilfe – WE BAGüS 2013
Seite 7 von 24

Es darf künftig nicht entscheidend sein, welcher Leistungsanbieter die Leistung erbringt (institutionelle Sicht), sondern die Notwendigkeit der konzeptionellen und individuellen Begleitung des Leistungsberechtigten (personenzentrierte Sicht) am Arbeitsplatz, die im Teilhabe- und/oder Gesamtplanverfahren festgestellt werden muss. Entscheidend muss – auch bei Fortgeltung der WVO – der Teilhabeplan sein, in dem die Form z.B. die betriebliche Form der Begleitung und dementsprechend die personelle Unterstützung festgelegt wird.

Der gesetzgeberische Handlungsbedarf ist aus diesem Grunde nicht ersichtlich. Ferner weist der CBP darauf hin, dass die WVO eine untergesetzliche Materie ist. Die gesetzliche Implementierung eines besseren Personalschlüssels nur für andere Leistungsanbieter ist nicht sachgerecht. In der Praxis zeigt sich, dass aufgrund des erhöhten Betreuungsaufwands auch bei psychisch beeinträchtigten Menschen oder bei Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf z.B. aufgrund einer schweren Autismusstörung ein höherer Personalschlüssel bei der Leistungserbringung angezeigt ist. Maßgeblich für einen erhöhten Personalschlüssel sollte daher sein, ob dies für die individuelle Förderung des Leistungsberechtigten erforderlich ist und diese im Teilhabe- und Gesamtplan festgelegt und vom Leistungsträger bewilligt wird.

Lösungsvorschlag:

Der CBP schlägt daher vor, eine Regelung in § 9 Abs. 3 WVO aufzunehmen, damit der Personalschlüssel von der zu erbringenden personenzentrierten Leistung und nicht vom Leistungsanbieter abhängt.

Der § 9 Abs. 3 WVO soll daher lauten:

*Die Zahl der Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich richtet sich nach der Zahl und der Zusammensetzung der behinderten Menschen sowie der Art der Beschäftigung und der technischen Ausstattung des Arbeitsbereichs. Das Zahlenverhältnis von Fachkräften zu behinderten Menschen soll im Berufsbildungsbereich 1:6, im Arbeitsbereich 1:12 betragen. **Von diesem festgelegten Personalschlüssel soll nach oben abgewichen werden, wenn dies für die individuelle Förderung der Leistungsberechtigten erforderlich ist.** Die Fachkräfte sollen in der Regel Facharbeiter, Gesellen oder Meister mit einer mindestens zweijährigen Berufserfahrung in Industrie oder Handwerk sein; (...).*

7. Einführung Budget für Ausbildung

Art. 2 Nr. 4 (§ 61a SGB IX)

In § 61a SGB IX wird ein Budget für Ausbildung eingeführt, das entsprechend dem Budget für Arbeit geregelt ist. Voraussetzung für einen Anspruch auf das Budget für Ausbildung ist, dass es sich um ein (reguläres) Ausbildungsverhältnis in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder in einem Ausbildungsgang handelt, zu dem die zuständigen Stellen auf der Grundlage des § 66 Berufsbildungsgesetz bzw. § 42a der Handwerksordnung Ausbildungsregelungen erlassen haben. § 61a Absatz 2 SGB IX regelt den Umfang des Budgets für Ausbildung. Zum Budget für Ausbildung gehört in erster Linie die Erstattung der Ausbildungsvergütung, die der Ausbildungsbetrieb zahlt.

Auch die erforderlichen finanziellen Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Unterstützung des Menschen mit Behinderung am Ausbildungsplatz, etwa für eine Arbeitsassistentin, sowie in der Berufsschule gehören zu den Aufwendungen für ein Budget für Ausbildung. Mit Absatz 3 wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, Unterstützungsleistungen, sowie die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung gemeinsam in Anspruch zu nehmen. Absatz 4 regelt, dass der zuständige Leistungsträger nach Absatz 1 anspruchsberechtigte Menschen mit Behinderungen bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz unterstützen soll.

Bewertung:

Der CBP begrüßt im Grundsatz das Vorhaben, das Budget für Ausbildung für junge Menschen mit Behinderung gesetzlich zu verankern, die berufliche Ausbildung weiterzuentwickeln und dadurch den Zugang zur beruflichen Ausbildung für junge Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen zu verbessern. Eines der Hauptanliegen des CBP ist die Verbesserung der Chancen von jungen Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderung im Sinne der Art. 24, 26, 27 UN-BRK auf Bildung, berufliche Ausbildung und Teilhabe am Arbeitsleben. Diesen Anforderungen wird allerdings die geplante gesetzliche Regelung des § 61a SGB IX nicht gerecht.

a) Erforderlichkeit der inklusiven Ausgestaltung des Budgets für Ausbildung als Budget für Bildung

Die vorgesehene gesetzliche Regelung des Budgets für Ausbildung greift zu kurz, weil ausschließlich Jugendliche als Leistungsberechtigte in Betracht kommen, die einerseits die sogenannte „Werkstattfähigkeit“ aufweisen und andererseits nach dem absolvierten Schulabschluss eine reguläre Ausbildung absolvieren können. Diese Voraussetzungen bedeuten eine massive Eingrenzung des Personenkreises. Die Mehrheit der Jugendlichen mit Behinderung verfügt über keinen anerkannten Schulabschluss. Mit dem geplanten Budget für Ausbildung wird daher der Zugang zur Ausbildung, aber kein Zugang zur inklusiven beruflichen Bildung gewährt. Auf Grundlage des Art. 24 BRK soll der Gesetzgeber gewährleisten, dass junge Menschen mit Beeinträchtigungen gleichen Zugang zum allgemeinen Bildungssystem und d.h. auch zur beruflichen Bildung und Ausbildung haben sollen. Das Leitbild der inklusiven Bildung erfordert eine Neugestaltung von Strukturen und Prozessen in der beruflichen Ausbildung, die viel stärker als bislang üblich auf die individuellen Unterschiede der Bildungsteilnehmenden mit Beeinträchtigung eingehen sollten. Bisher ist die inklusive berufliche Bildung kaum bzw. nur für bestimmte kleine Zielgruppen möglich. Eine hohe Anzahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss benötigt ein Budget für berufliche Bildung. 75 % der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen erreichen keinen Hauptschulabschluss³. Mehr als jeder zweite Abgänger ohne Abschluss kommt von einer Förderschule⁴. Besonders schwierig ist der Übergang in berufliche Bildung und Ausbildung für junge Menschen mit Behinderung, die keinen Hauptschulabschluss haben. $\frac{3}{4}$ der jungen Erwachsenen ohne Hauptschulabschluss münden nach dem Schulabgang in den sogenannten „Übergangsbereich“ ein (z. B. in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Agenturen für Arbeit, die auch auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses abzielen können oder berufsvorbereitende, schulische Angebote der Länder) und nur jeder

³ Teilhabebericht der Bundesregierung S. 16

⁴ Bundesamt für Statistik 2014/2015

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018169004.pdf?__blob=publicationFile

Vierte beginnt eine duale Ausbildung⁵. Die Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung weisen im Bereich der Berufsausbildungen für beeinträchtigte junge Menschen deutliche Lücken⁶. Gegenwärtig besteht kein Wahlrecht für junge Menschen mit Behinderungen in der Frage ihrer beruflichen Bildung bzw. Ausbildung. Viele junge Menschen mit Behinderung können keine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf absolvieren, weil keine Anpassung des Ausbildungslehrgangs stattfinden und keine individuelle Assistenz gewährleistet ist. Ferner ist die Möglichkeit, eine Fachpraktiker-Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung zu absolvieren, auf bestimmte Ausbildungsberufe beschränkt (die nur die Hälfte aller Ausbildungsberufe umfassen). Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass das Budget für Ausbildung nicht ausschließlich die berufliche Ausbildung nach BBiG oder HandwerkerO umfasst, sondern auch die berufliche Bildung und Teil- oder Zusatzqualifikationen (auch ohne Hauptschulabschluss) ermöglichen muss. Zudem sollte das Budget für Ausbildung auch Jugendliche mit sog. „Reha-Status“ zum Beispiel in Berufsbildungswerken zur Verfügung stehen.

b) Gesetzliche Verortung der Regelungen für ein Budget für Ausbildung

Die Verortung des Budgets für Ausbildung müsste sowohl in § 49 Abs. 3 SGB IX als auch in § 61a SGB IX erfolgen. Die Verortung des Budgets für Ausbildung ausschließlich in § 61a SGB IX führt zur Einschränkung auf die Menschen mit Behinderung, die Anspruch auf Leistungen nach § 57 und 58 SGB IX (Eingangs- und Berufsbildungsbereich, Arbeitsbereich der Werkstatt) haben. Die Verortung des Budgets für Ausbildung schließt ferner Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf aus, weil das Kriterium des § 57 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX (mögliche Erreichung des „Mindestmaßes wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“) Anwendung findet. Die Anknüpfung des Budgets für Ausbildung an die Regelung des § 57 SGB IX und damit an das Kriterium des „Mindestmasses“ ist auch nach menschenrechtlichen Vorgaben gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention nicht nachvollziehbar. Ziel der beruflichen Bildung ist es doch gerade, grundlegende berufliche Kompetenzen zu entwickeln und zu erlernen. Erst nach Durchlaufen der Phase der beruflichen Bildung könnte überhaupt darüber entschieden werden, ob ein Mensch mit Behinderungen in der Lage ist, ein „*Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung*“ zu erbringen. Das Budget für Bildung und der Berufsbildungsbereich der Werkstätten ist daher für alle zu öffnen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können. Grundsätzlich bleibt aber auch festzuhalten, dass das Kriterium des „*Mindestmaßes wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung*“ nicht den Vorgaben der UN-BRK entspricht.

c) Umfang des Budgets

Die künftigen Leistungen des Budgets für Ausbildung sollen sich auf alle Formen der Ausbildung nach § 1 BBiG beziehen und neue Formen der beruflichen Bildung einbeziehen, die sowohl bundeseinheitlich als auch länderspezifisch geregelt sind, d.h.:

- die betriebliche Ausbildung,
- die schulische Ausbildung (in Fachschulen, Berufsfachschulen etc.)
- die Ausbildung im dualen System (Lehre in Verbindung mit der Berufsschule und überbetrieblichen Lehrgängen) und Studium
- sowie sog. verzahnte Ausbildung (in Kooperation der Berufsbildungswerken mit Betrieben)
- modulare Bildung von Menschen mit Behinderung durch das Absolvieren von Modulen einer Ausbildung, zwecks Anerkennung der Teilausbildung

⁵ Teilhabebericht S. 105

⁶ Report des BBiB 2017 https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2017.pdf

Ausgewiesen sind ausschließlich die sog. Behindertenberufe, aber nicht die Menschen mit Behinderung in Ausbildungsberufen, die keine sog. „Behindertenberufe“ sind.

sowie auf die Berufsausbildungsvorbereitung, berufliche Fortbildung und berufliche Umschulung beziehen. Alle Leistungen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung sollen ebenfalls analog zu §§ 48 ff SGB III in der neuen Regelung erfasst werden:

- Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III
- Berufseinstiegsbegleitung nach § 39 SGB III
- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach § 51 SGB III
- Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme nach § 53 SGB III
- Einstiegsqualifizierung nach § 54 a SGB III

Für Gesundheitsfachberufe sind einschlägige Regelungen im Pflegeberufegesetz (Krankenpflege und Altenpflegegesetz), Physiotherapeutengesetz, Notfallsanitätärgesetz etc. anzuwenden. Insgesamt ist eine Anpassung des BBiG und weiterer Berufsbildungsgesetze auf der Bundesebene und Länderebene erforderlich. Wichtig ist es, die Regelungen zur Teilzeit ebenfalls bei Ausbildungsgängen zu berücksichtigen.

Sofern für Menschen mit Beeinträchtigungen wegen Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung eine reguläre Berufsausbildung nicht in Betracht kommt, kommen spezielle Ausbildungsregelungen (nach § 66 BBiG bzw. §42m HwO) in Betracht. Es handelt sich dann um Fachpraktikerausbildungen⁷. Der/die Fachpraktiker/in z.B. im Handwerk oder Gastwirtschaft oder Landwirtschaft ist ein Ausbildungsberuf für Menschen mit Behinderung, der in einer 2- bzw. 3-jährigen Ausbildung im Betrieb oder in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation erlernt wird. Die Ausbildung orientiert sich am anerkannten Ausbildungsberuf. Je nach zuständiger Kammer können z.B. Dauer der Ausbildung und Abschlussbezeichnungen unterschiedlich sein. Die Beschreibung des Ausbildungsberufs der Fachpraktiker/in erfolgt durch die jeweilige Handwerkskammer. Fachpraktiker-Ausbildungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Möglichkeit bieten, eine Ausbildung theoriereduziert und basierend auf einem anerkannten Ausbildungsberuf durchzuführen und mit einem Fachpraktiker-Abschluss zu beenden. Es ist deshalb auch wichtig, die zuständigen Kammern bei der Weiterentwicklung der Ausbildungschancen von Menschen mit Behinderung einzubeziehen. Die Kammern sind auch wichtige Verbindungsstellen für die Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Wichtig ist es auch, die Teile einer Ausbildung als Module der Ausbildung (berufliche Bildung) ebenfalls in die Regelungen des Budgets für Ausbildung/Bildung einzubeziehen, die eine modulare Teilausbildung und den Zugang zum Arbeitsplatz auch mit einer „Teil-Ausbildung“ ermöglichen sollen, wenn der Arbeitgeber z.B. eine Übernahme signalisiert.

Grundziel der Leistungen für ein Budget für (Aus-)Bildung sollen junge Menschen sein, deren Erwerbsfähigkeit teilweise bzw. voll gemindert ist. Bei der Abgrenzung der Zielgruppe und der Leistungen sollen die Erkenntnisse aus der Aktion 1000 die von 2005 bis 2016 in Baden-Württemberg durchgeführt wurde, in der der Übergang Schule/Beruf mit vielen Beteiligten systematisch verbessert und der Zugang zur inklusiven Ausbildung geöffnet wurde.⁸

d) Rahmenbedingungen für Ausbildungsstätten

Als Ausbildungsstätten kommen die Lernorte nach § 2 BBiG in Betracht. Die Berufsbildung wird nach § 2 BBiG in Betrieben der Wirtschaft, in vergleichbaren Einrichtungen außerhalb

⁷ Diese Ausbildungen werden im Report des BBiB als „Behindertenberufe“ bezeichnet S. 32 BBiB Report 2017 https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2017.pdf

⁸ <https://www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/foerderprogramme-und-projekte/> Förderprogramm des KVJS „Ausbildung Inklusiv“ wurde aus der Initiative Inklusion der Bundesregierung entwickelt

der Wirtschaft (betriebliche Berufsbildung), in berufsbildenden Schulen (schulische Berufsbildung) und in sonstigen Berufsbildungseinrichtungen außerhalb der schulischen und betrieblichen Berufsbildung (außerbetriebliche Berufsbildung) durchgeführt.

Weitere Ausbildungsstätten für die Leistungen eines Budgets für Ausbildung können sein, insbesondere:

- Inklusionsbetriebe,
- Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX (z.B. BBW, BFW, berufliche Trainingszentren und andere Anbieter und in Kooperation mehrerer Einrichtungen z.B. im Rahmen der „verzahnten Ausbildung“)

Fachlich angezeigt ist es, dass die Eignung der Ausbildungsstätte nach § 27 BBiG auch die Prüfung enthält, ob die Ausbilder zusätzlich zur Regelung nach § 28 BBiG auch eine rehapädagogische Qualifizierung vorweisen können bzw. in Kooperationen mit Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation die Ausbilder mit solcher Qualifizierung einbinden. In Betrieben, die Menschen mit Behinderungen in diesen Ausbildungsgängen nach § 66 BBiG bzw. § 42 m HWO ausbilden, müssen Ausbilder seit der Veröffentlichung eines Rahmencurriculums des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) im Sommer des Jahres 2012 eine 320-stündige „Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder“ (ReZA) absolviert haben. Das Rahmencurriculum für die ReZA wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von einer Projektgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke erarbeitet. Im Jahr 2012 wurde das Rahmencurriculum als Empfehlung des BIBB-Hauptausschusses beschlossen.

Die ReZA-Qualifikation soll auch für das Budget für Arbeit nebst der Träger- und Massnahmenzulassung nach § 176 ff SGB III obligatorisch sein.

Wichtig ist es, die Barrierefreiheit für alle Bildungs- und Lernorte (also mehr als Aspekte der baulichen und funktionalen Zugänglichkeit) gesetzlich zu verankern und bei der Zulassung der Träger der beruflichen Bildung zu prüfen. Die Barrierefreiheit beginnt bei der Beratung und Information und sollte sich auf alle Aspekte der Leistungserbringung beziehen.

e) Fazit

Der CBP begrüßt die Einführung des Budgets für Ausbildung und plädiert für eine Ausweitung im Sinne eines Budgets für Bildung. Bei den Aufwendungen für das Budget nach Absatz 2 sind auch digitale und technische Assistenzbedarfe zu berücksichtigen (u.a. auch bei der Infrastruktur wie z.B. die Sicherstellung vom WLAN, Zugänglichkeit und Ausstattung). Zudem muss sichergestellt werden, dass eine gemeinsame Inanspruchnahme nach Absatz 3 nicht gegen den Willen der Leistungsberechtigten erfolgt.

Lösungsvorschlag:

Der § 61a SGB IX sollte wie folgt geändert werden.

§ 61a Budget für Ausbildung

*(1) Menschen mit Behinderung, die Anspruch auf Leistungen nach § 57 haben und denen von einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Ausbildungsverhältnis in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder in einem Ausbildungsgang nach § 66 des Berufsbildungsgesetzes oder § 42 m der Handwerksordnung **oder in sonstiger Weise Zugang zum Arbeitsmarkt durch Teilqualifizierung oder modulare berufliche Bildung angeboten wird**, erhalten ein **Budget für Ausbildung und Bildung**. Satz 1 gilt entsprechend für Jugendliche, die Anspruch auf Leistungen nach § 19 SGB III haben.*

(2) Das **Budget für Ausbildung und Bildung** umfasst die Erstattung der Ausbildungsvergütung und die Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung an dem Ausbildungsplatz und in der Berufsschule **sowie die Deckung der digitalen und technischen Assistenzbedarfe**. Ist wegen Art oder Schwere der Behinderung der Besuch einer Berufsschule am Ort des Ausbildungsplatzes nicht möglich, so kann der schulische Teil der Ausbildung in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation erfolgen; die entstehenden Kosten werden ebenfalls vom **Budget für Ausbildung und Bildung** umfasst.

(3) Die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung kann von mehreren Leistungsberechtigten **in deren Einvernehmen** gemeinsam in Anspruch genommen werden.

(4) Der Leistungsträger soll den Menschen mit Behinderungen bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz im Sinne von Absatz 1 unterstützen.

8. Aufhebung der Unterhaltsbeiträge für Eltern volljähriger Kinder mit Behinderung Art. 2 Nr. 6 und 7 (§ 138 Abs. 4 und § 142 SGB IX)

Der Kostenbeitrag nach § 138 Absatz 4 SGB IX und § 142 Absatz 3 SGB IX wird vollständig abgeschafft. Der CBP begrüßt die Aufhebung der Unterhaltsbeiträge für Eltern volljähriger Kinder mit Behinderung, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen. Bei minderjährigen Kindern mit Behinderung ergibt sich der Eigenbetrag wie bisher aus § 136 SGB IX.

Bewertung:

Ziel bei den Regelungen zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger ist es, vor allem für ohnehin schon durch die Hilfebedürftigkeit der Betroffenen belastete Angehörige, eine substantielle Entlastung zu schaffen. Gleichzeitig soll – so der Gesetzesentwurf – mit der Entlastung auch ein Signal gesetzt werden, dass die Gesellschaft die Belastungen von Personen, die beispielsweise pflegebedürftige Angehörigen unterstützen und versorgen, anerkennt und insofern eine solidarische Entlastung erfolgt. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

Lösungsvorschlag:

Auf der Grundlage des Solidarprinzips ist es nach Ansicht des CBP dringend angezeigt, die Entlastung **auch für Eltern von minderjährigen Kindern mit Behinderung** deutlicher zu machen. Analog sollte deshalb eine Kostenbeteiligung der Unterhaltsverpflichteten von Kindern mit Behinderung nur bei Überschreiten der Verdienstgrenze von 100.000 Euro p.a. erfolgen.

9. Aufhebung der Ermessensregelung bei Übernahme von Arbeitsassistentenkosten Art. 2 Nr. 8 b), Nr. 9 (§§ 185 Abs. 5, 191 SGB IX)

Die CBP begrüßt die Klarstellung, dass die Kosten für die notwendige Assistenz von den Integrationsämtern zu übernehmen sind. Die Ergänzung der bisherigen Regelung in § 185 Abs. 5 SGB wird im Rahmen der Umsetzung der geltenden Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vorgenommen. Die Anzahl von Arbeitsassistenten für schwerbehinderte Menschen steigt, allerdings war die bisherige Bewilligungspraxis der

Integrationsämter problematisch, die zwischen Arbeitsassistenz und weiteren Leistungen der Integrationsämter zur begleitenden Hilfe am Arbeitsleben differenziert haben und diese als Ermessensleistungen betrachtet haben⁹. Mit der neuen Regelung wird bestätigt, dass beim Rechtsanspruch auf notwendige Arbeitsassistenz die Leistungen vom Integrationsamt zu bewilligen sind.

Der CBP regt darüber hinaus an, die **Einbindung der Integrationsfachdienste** durch die Integrationsämter gesetzlich zu regeln. Erforderlich ist eine gesetzliche Verankerung der Strukturverantwortung der Integrationsämter für die Integrationsfachdienste in § 185 SGB IX. Der Rechtsanspruch auf die Inanspruchnahme von Integrationsfachdienste (IFD) bei Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben ist gesetzlich zu verankern. Durch die in einigen Bundesländern praktizierte freie Vergabe von Leistungen der Integrationsfachdienste durch Integrationsämter im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen kommt es zu einer Zerschlagung der leistungsträgerübergreifenden Strukturen der Integrationsfachdienste.

III. Weiterer gesetzlicher Handlungsbedarf

Der CBP mahnt vor dem Inkrafttreten der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes am 1.1.2020 folgende Korrekturen an:

1. Erweiterung der Sonderregelung des § 134 Abs. 4 SGB IX – BTHG für eine fortdauernde Leistungserbringung für volljährige Leistungsberechtigte in Wohngruppen für Kinder/Jugendliche, die Leistungen zur Teilhabe zur Bildung erhalten

Die Erweiterung, die der CBP bereits seit längerem fordert, soll sich ausschließlich auf die volljährigen Leistungsberechtigten beziehen, die bereits vor Vollendung des 18. Lebensjahrs Leistungen nach § 134 Abs. 1 bis 3 erhalten haben, wenn diese Leistungsberechtigten auch nach Eintritt der Volljährigkeit in Wohnstätten für Kinder/Jugendliche/Wohngruppen für Kinder und Jugendliche, auf die § 134 Abs. 1 bis 3 Anwendung finden, zum Abschluss der Schule/ Ausbildung verbleiben. Die Erweiterung der Sonderregelung wird bereits in der Stellungnahme des Bundesrates zum Angehörigen-Entlastungsgesetz vom 11.10.2019¹⁰ ausdrücklich befürwortet.

Bewertung:

§ 134 Abs. 4 SGB IX stellt einen Ausnahmetatbestand dar. Bei Minderjährigen Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe werden die Fach- und existenzsichernden Leistungen nicht getrennt erbracht, sondern wie bisher als integrierte Komplexleistung durch den Leistungserbringer. Hintergrund dieser Sonderregelung war vor allem, dass der Gesetzgeber der sog. „inkluisiven Lösung“, also der Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung im Leistungssystem des SGB VIII nicht vorgreifen wollte. In der Praxis führt das dazu, dass junge Volljährige mit Behinderung mit dem Erreichen des 18. Lebensjahrs auch gegen ihren Willen aus der Wohngruppe entlassen

⁹ Antwort der Bundesregierung (BT-Dr. 19/2339)

¹⁰ Bundesrat-Drucksache 395/19 (Beschluss)

werden könnten. Oftmals ist es aber notwendig, dass junge Menschen mit Behinderung, die in einer stationären Einrichtung der Eingliederungshilfe nach SGB XII bzw. zukünftig SGB IX leben, aus pädagogischen Gründen und zur Sicherstellung der fachlichen Begleitung über das 18. Lebensjahr hinaus in der Einrichtung verbleiben. Dies ist vor allem angezeigt, da sich die Entwicklungsschritte nicht nach starren Altersgrenzen richten, sondern nach der individuellen Lebenssituation, wie beispielsweise dem Abschluss der Schule oder einem gelungenen Eintritt in die Arbeitswelt. Durch einen individuellen Übergang können Brüche im Leistungsgeschehen verhindert werden. Da zudem zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, ob und wann es zu einer Reform des SGB VIII kommen wird, ist es aus fachlichen Gründen geboten, für junge Menschen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe eine einheitliche Sonderregelung zu schaffen.

Eine solche Ausnahme schafft der bisherige § 134 Abs. 4 SGB IX für volljährige Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe, die die Leistung zur Teilhabe an Bildung an speziellen Internatsschulen erhalten. Bei allen anderen volljährigen Leistungsberechtigten hängt der Verbleib in der Einrichtung davon ab, ob der Leistungserbringer in zwei unterschiedlichen Systemen die Leistungserbringung und -abrechnung in der Wohngruppe vorhält. Für den Leistungserbringer ist dies jedoch ein unverhältnismäßiger Aufwand, da damit eine doppelte Bürokratie für eine relativ kleine Personengruppe verbunden ist.

Lösungsvorschlag:

Der CBP regt an, die Ausnahmeregelung des § 134 Abs. 4 SGB IX auf die kleine Gruppe volljähriger Leistungsberechtigte, die in Wohneinrichtung für Minderjährige leben, zu erweitern, wenn der Verbleib in der Einrichtung auch nach Eintritt der Volljährigkeit aus fachlichen Gründen sinnvoll erscheint.

§ 134 Abs. 4 SGB IX sollte daher wie folgt ergänzt werden:

„Die Absätze 1 bis 3 finden auch Anwendung, wenn volljährige Leistungsberechtigte Leistungen zur Schulbildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1 sowie Leistungen zur schulischen Ausbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 1 Nummer 2 erhalten, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden. Satz 1 gilt entsprechend, **wenn volljährigen Leistungsberechtigte in Wohngruppen für Kinder und/ oder Jugendliche leben.**“

2. Klarstellung zur Umsatzsteuerbefreiung für Verpflegung und sonstige Leistungen für Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen und Anpassung der Steuergesetze an die Systematik des Bundesteilhabegesetzes

Die geplanten Umsetzungsschritte des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) führen bei Menschen mit Behinderung zu zusätzlichen steuerlichen finanziellen Belastungen und bei Trägern von stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe im Hinblick auf die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe und der Leistungen der Existenzsicherung zu einer grundsätzlichen Systemumstellung, die sich auf die steuerliche Zuordnung zum Status der Gemeinnützigkeit und zur Umsatzsteuerpflicht auswirkt. Damit durch die Systemumstellung für Menschen mit Behinderung keine Verschlechterung der Lebenslage und für Leistungserbringer im Bereich der stationären Versorgung keine steuerlichen bzw. gemeinnützigkeitsrechtlichen Nachteile entstehen, ist eine Anpassung der steuergesetzlichen

bzw. abgabenrechtlichen Regelungen an die geplanten sozialgesetzlichen Regelungen des BTHG vorzunehmen.

Bewertungen:

a) Anpassung des Umsatzsteuergesetzes zwecks Umsatzsteuerbefreiung

Durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (Aufhebung der Kategorie „stationäre Eingliederungshilfeeinrichtung“) ist die Anpassung des Umsatzsteuergesetzes erforderlich. Die Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 UStG nimmt Bezug auf die Einrichtungen und die Leistungen. Die Umsatzsteuerbefreiung liegt nach § 4 Nr. 16 h UStG vor, wenn für die Fachleistungen der Eingliederungshilfe ein Vertrag nach § 123 SGB IX besteht.

Wichtig ist die Festlegung, dass die bisher in stationären Settings erbrachten Leistungen vollständig weiterhin auch in den neuen „besonderen Wohnformen“ umsatzsteuerbefreit bleiben. Für die Wohnraumüberlassung und die Serviceleistungen (z.B. Lebensmitteleinsatz bei Verpflegungsleistungen etc.) sind keine Verträge mit dem Träger der Eingliederungshilfe nach § 123 SGB IX vorgesehen. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, die Wohnraumüberlassung in § 4 Nr. 12 und die Serviceleistungen in besonderen Wohnformen nach § 42 a SGB XII als „eng verbundene Leistungen“ im Sinne des § 4 Nr. 16 UStG zu erfassen. Durch die Trennung der Leistungen werden diese Leistungen aus dem Leistungspaket der Eingliederungshilfe herausgelöst, allerdings werden diese Leistungen im Rahmen des üblichen **Wohn- und Betreuungsvertrages** (WBVG) weiterhin in besonderen Wohnformen erbracht.

Sollte die Umsatzsteuerbefreiung für diese Leistungen wie z.B. für Lebensmitteleinsatz nicht erfolgen, müssten letztendlich Menschen mit Behinderung von ihrem Regelsatz zusätzlich die Umsatzsteuer auf alle Lebensmittel ab dem 01.01.2020 zahlen, die sie bis zum 31.12.2019 nicht zahlen müssen. Angesichts der Höhe des Regelsatzes (RBS 2) ist diese Regelung nicht sachgerecht und würde die Lebenslage der Menschen mit Behinderung massiv verschlechtern.

Lösungsvorschlag:

Der CBP folgende Ergänzung des § 4 UStG vor:

In § 4 nach Nr. 12 c) § 4 Nr. 12 d UStG wie folgt: **„die Überlassung von Wohnräumen an Menschen mit Behinderung, die Leistungen nach SGB IX in Anspruch nehmen“**

§ 4 Nr. 16 h UStG wie folgt zu ergänzen: **„sowie Leistungen, die Fach- oder existenzsichernde Leistungen für gemeinschaftlich nach § 42 a SGB XII wohnende Menschen mit Behinderung umfassen“**,

b) Änderung der Abgabenordnung/ Anpassung der Zweckbetriebsdefinition in § 68 Nr. 1 a AO

Die Leistungserbringer der bisherigen stationären Einrichtungen werden bis zum 31.12.2019 dem Zweckbetrieb nach § 68 Nr. 1a AO zugeordnet. Für das Ertragssteuerrecht und die gemeinnützigkeitsrechtliche Begünstigung von stationären Eingliederungshilfeleistungen ist es bisher von wesentlicher Bedeutung, ob diese Eingliederungshilfeleistungen (Unterkunft, Verpflegung, Versorgung und Betreuung) in solchen „stationären Wohnheimen“ erbracht werden, die unter die Regelungen des ehemaligen bundeseinheitlichen § 1 Heimgesetz fallen bzw. weiterhin der Heimaufsicht unterliegen oder nicht. Nur wenn die Leistungserbringer z.B. Wohnangebote in einem heimgesetzlich anerkannten „Wohnheim“ erbringen oder dieses der

Heimaufsicht unterliegt, werden entsprechende Eingliederungshilfeleistungen einschließlich der Wohnleistungen insgesamt einem steuerbegünstigten Zweckbetrieb nach § 68 Nr. 1a AO (analog) zugeordnet. Die Zuordnung bezieht sich bisher auf die stationäre Form der Einrichtung.

Leistungserbringer von stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe (§§ 53 ff., 75 ff. SGB XII) können bisher für ihre Eingliederungshilfeleistungen an Menschen mit Behinderungen steuerlich die Vergünstigungen des Ertragssteuerrechts und des Gemeinnützigkeitsrechts in Anspruch nehmen, indem die Leistungen der Unterkunft, Verpflegung, Pflege und Betreuung als gemeinnützige Leistungen vollumfänglich einem steuerbegünstigten Katalog-Zweckbetrieb nach § 68 Nr. 1a Abgabenordnung (AO) zugeordnet werden, mit der Folge, dass jegliche Gewinne aus dieser Tätigkeit von der Ertragsbesteuerung ausgenommen bleiben.

Grundlage hierfür ist § 68 Nr. 1a Abgabenordnung (AO), der wie folgt lautet: „Zweckbetriebe sind auch: 1. a) Alten-, Altenwohn- und Pflegeheime, Erholungsheime, Mahlzeitendienste, wenn sie in besonderem Maß den in § 53 genannten Personen dienen (§ 66 Abs. 3)...“

Unter die Rechtsnorm des § 68 Nr. 1a AO fallen nach der Verwaltungsauffassung des Bundesfinanzministeriums (Anwendungserlass zur Abgabenordnung, kurz AEAO) nur solche „Heime“, die nach § 1 HeimG anerkannt sind oder als solche der Heimaufsicht unterliegen. Auszug AEAO Tz. 2 zu § 68 Nr. 1 AEAO: „Wegen der Begriffe „Alten-, Altenwohn- und Pflegeheime“ Hinweis auf § 1 des Heimgesetzes. ...Soweit eine steuerbegünstigte Körperschaft Leistungen im Rahmen der häuslichen Pflege erbringt, liegt i. d. R. ein Zweckbetrieb nach § 66 AO vor (vgl. Nr. 4 des AEAO zu § 66).“ Unter der Maßgabe, dass von Leistungserbringern betriebene stationäre Wohnheime den landesrechtlichen Heimgesetzen bzw. -verordnungen entsprechen bzw. der Heimaufsicht unterliegen, können die Eingliederungshilfeleistungen in analoger Anwendung des § 68 Nr. 1a AO bisher vollumfänglich als steuerbegünstigte Leistungen dem Katalog-Zweckbetrieb nach § 68 Nr. 1a AO zugeordnet werden.

Ab dem 01.01.2020 ist diese leistungsrechtliche Zuordnung aufgehoben. Es kommt zu einer neuen Einordnung der Erbringung der Leistungen. Soweit es sich um reine Wohnleistungen handelt, können diese möglicherweise als vermögensverwaltende Leistungen angesehen werden; im Übrigen als Leistungen eines Zweckbetriebs nach § 66 AO (Wohlfahrtspflege), an die durch die Leistungserbringer weitere Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

Im Zuge der Umsetzung des BTHG wurden bisher die heimordnungsrechtlichen Landesgesetzgebungen nicht angepasst. Es wird befürchtet, dass insbesondere durch die in der Hand des Landesgesetzgebers liegende Heimgesetzgebung (ordnungsrechtlicher Teil) und die damit verbundenen länderspezifisch unterschiedlichen Definitionen stationärer Wohnformen das bisherige Zuordnungskriterium („nach Heimrecht anerkannt“) entfällt. Damit würde das geltende steuerrechtliche Zuordnungskriterium nach § 68 Nr. 1a AO in Verbindung mit den oben benannten Regelungen des Anwendungserlasses zur AO zukünftig für solche Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen ins Leere laufen.

Eine Zuordnung der steuergesetzlichen Vergünstigungen des Gemeinnützigkeitsrechts für Leistungen der Eingliederungshilfe ausschließlich nach Art der angebotenen Wohnform ist

entsprechend nicht mehr sachgerecht. Vielmehr ist es geboten, die steuerlichen Vergünstigungen für Leistungen der Eingliederungshilfe an den neuen Leistungsformen (Fachleistungen der Eingliederungshilfe und existenzsichernde Leistungen) bzw. Begrifflichkeiten des BTHG festzumachen. Zwar wird mit dem BTHG die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen der Existenzsicherung durchgesetzt (ab dem 1.1.2020), allerdings werden existenzsichernde Leistungen weiterhin von Leistungserbringern im sachlichen und personellen Zusammenhang mit den Fachleistungen erbracht, wenn ein entsprechender Wohn- und Betreuungsvertrag mit den Leistungsberechtigten abgeschlossen worden ist. Es handelt sich um die bisher im stationären Kontext enthaltenen Serviceleistungen (z. B. Raum- und Wäschereinigung, Zubereitung von Mahlzeiten, Beschaffung von Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs, Fahrdienste etc.). Dazu gehören vorrangig Nahrungsmittel, aber auch Reinigungsmittel u. ä.

Für Leistungserbringer von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen nach dem BTHG, die bislang nach der Abgabenordnung als gemeinnützige Einrichtungen anerkannt sind, ist es wichtig, dass die beschriebenen Leistungsangebote an Menschen mit Behinderungen, die bislang in stationären Wohnheimen erbracht wurden, künftig weiterhin als gemeinnützige Tätigkeit gewertet werden.

Im Übrigen sollten in diesem Kontext auch die Flüchtlings- und Wohnungslosenheime entsprechend berücksichtigt werden. Ferner sollte § 68 AO um die Zweckbetriebe des Hausnotrufdienstes, des betreuten Wohnens und des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung sowie der Familienfeierstätten erweitert werden. Die genannten Tätigkeiten/Leistungen entsprechen in ihrer Art Zweckbetrieben nach § 68 Nr. 1a) und b) AO. Die durch das BTHG zu erwartenden konzeptionellen Entwicklungen der Leistungsträger führen zur Abkehr von klassischen „Heimen“ zu modernen Wohnformen. Die Ergänzung in Nr. 1a) erfasst daher auch neuere Wohngemeinschaften, die die Mobilität und Selbstständigkeit und die Teilhabe der betroffenen Personen unterstützen.

Lösungsvorschlag:

Durch den Wegfall des Kriteriums der „stationären Wohnheime“ bedarf es einer Anpassung der steuergesetzlichen Zweckbetriebsdefinition des § 68 Nr. 1a AO an die Begrifflichkeiten des BTHG, damit Fachleistungen der Eingliederungshilfe und/oder existenzsichernde Leistungen, die von Leistungserbringern angeboten werden, zukünftig zweifelsfrei und bundeseinheitlich einem Zweckbetrieb nach § 68 Nr. 1a AO zugeordnet werden können.

Aus diesem Grunde hält der CBP folgende Fassung des § 68 Nr. 1a AO für notwendig:

1.a) Alten-, Altenwohn- und Pflegeheime, Erholungsheime, **sowie Leistungsangebote, die Fach- oder existenzsichernde Leistungen für gemeinschaftlich nach § 42 a SGB XII wohnende Menschen und im Betreuten Wohnen umfassen**, wenn sie im besonderen Maße den in § 53 AO genannten Personen dienen (§ 66 Abs. 3).

Durch die Änderung des § 68 Nr. 1a AO bzw. durch den Anwendungserlass soll die Anerkennung als Zweckbetrieb nach § 68 Ziff. 1 a AO sichergestellt werden.

c) Anpassung des Kriteriums der Hilfsbedürftigkeit in § 53 AO

Für den Status der Gemeinnützigkeit der Leistungserbringer der bisherigen Einrichtungen ist es erforderlich, dass die Leistungen an hilfsbedürftige Menschen im Sinne der Abgabenordnung erfolgen. Leistungserbringer von stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe (§§ 53 ff., 75 ff. SGB XII) können bisher für ihre Eingliederungshilfeleistungen an Menschen mit Behinderungen steuerlich die Vergünstigungen des Ertragssteuerrechts und des Gemeinnützigkeitsrechts in Anspruch nehmen, wenn die Empfänger der Leistungen hilfsbedürftig im Sinne des § 53 AO sind.

§ 53 AO lautet: „Die wirtschaftliche Hilfebedürftigkeit im vorstehenden Sinne ist bei Empfängern von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, des Wohngeldgesetzes, bei Empfängern von Leistungen nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes oder nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes als nachgewiesen anzusehen.“

§ 53 AO berücksichtigt nicht die Leistungsberechtigten des Neunten Sozialgesetzbuches. Durch die Umsetzung des BTHG findet eine differenzierte Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei Leistungsberechtigten statt, so dass einige Leistungsberechtigte die Fachleistungen der Eingliederungshilfe in besonderen Wohnformen nach § 42 a SGB XII in Anspruch nehmen, allerdings ihre Kosten der Unterkunft selbst zahlen werden (Selbstzahler z.B. Menschen mit psychischer Erkrankungen, die über eine Erwerbsminderungsrente verfügen), wenn ein Wohn- und Betreuungsvertrag abgeschlossen worden ist.

Das Kriterium der wirtschaftlichen Hilfebedürftigkeit ist ebenfalls auf diesen Personenkreis anzuwenden, der bisher in stationären Settings erfasst war. Die Leistungserbringung in diesen Settings verändert sich nicht, sondern nur die rechtliche Zuordnung von Leistungen.

Lösungsvorschlag:

Notwendig ist eine Klarstellung, dass auch die Selbstzahler (Menschen mit Behinderung, die Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX empfangen und die Kosten der Unterkunft selbst zahlen) zu hilfsbedürftigen Menschen gehören. Aus diesem Grunde schlägt der CBP folgende Fassung des § 53 AO vor:

„Die wirtschaftliche Hilfebedürftigkeit im vorstehenden Sinne ist bei Empfängern von Leistungen nach dem Zweiten, dem Neunten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, des Wohngeldgesetzes, bei Empfängern von Leistungen nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes oder nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes als nachgewiesen anzusehen.“

3. Regelbedarfsstufe 1 in besonderen Wohnformen statt Regelbedarfsstufe 2

Der Anwendungsbereich der Regelbedarfsstufe 2 in der Anlage zu § 28 SGB XII wird erweitert. Er soll ab 2020 auch für Menschen mit Behinderung gelten, die in besonderen Wohnformen nach § 42a Abs. 2 Satz 3 SGB XII leben. Die Regelbedarfsstufe 2 gilt, wenn zwei erwachsene Leistungsberechtigte als Ehegatten, Lebenspartner oder in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft einen gemeinsamen Haushalt führen. Damit werden Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen der genannten Zielgruppe gleichgesetzt, was aus Sicht des CBP nicht rechtskonform ist und gegenüber der Regelbedarfsstufe 1 zu deutlich geringeren Mitteln führt.

Der Gesetzgeber argumentiert, dass in den neuen Wohnformen niemand eine eigene abgeschlossene Wohnung hat. Vielmehr würden neben einem persönlichen Wohnraum die übrigen Funktionen einer Wohnung durch gemeinschaftlich genutzte Räume erfüllt. Daher sei in den besonderen Wohnformen die Regelbedarfsstufe 2 gerechtfertigt. Dieses Argument greift jedoch zu kurz, da u.a. auch in einer klassischen Wohngemeinschaft Räume gemeinschaftlich genutzt werden, ohne dass eine Minderung des Regelbedarfs erfolgt.

Zudem stellte das BSG mit Urteil vom 23.07.2014, Aktenzeichen B 8 SO 14/13 R klar, dass sich im Sozialhilferecht der Bedarf einer erwachsenen leistungsberechtigten Person bei Leistungen für den Lebensunterhalt im Grundsatz nach der Regelbedarfsstufe 1 auch dann richtet, wenn sie mit einer anderen Person in einer Haushaltsgemeinschaft lebt, ohne deren Partner zu sein. Die besondere Stellung von Partnerschaften beruht nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nicht allein auf der Annahme der gemeinsamen Haushaltsführung, sondern auf der typisierenden Annahme eines Einstandswillens in dieser Partnerschaft, der darauf schließen lässt, dass nicht nur aus einem Topf gewirtschaftet wird, sondern das Ausgabeverhalten auch erkennen lässt, dass der Partner zunächst den gemeinsamen Lebensunterhalt sicherstellt, bevor die Mittel für eigene Bedürfnisse eingesetzt werden. Bei Bewohnern einer besonderen Wohnform besteht dieser Einstandswille jedoch nicht.

Die Zuordnung in Regelbedarfsstufe 2 ist daher nicht nachvollziehbar und erklärt sich offenbar bestenfalls fiskalisch.

Lösungsvorschlag:

Der CBP fordert, Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen der Regelbedarfsstufe 1 zuzuordnen

4. Verbindliche Einbeziehung der Leistungserbringer im Teilhabe- und Gesamtplanverfahren

Die Einbeziehung der Leistungserbringer im Teilhabeplanverfahren ist in § 20 Abs. 3 SGB IX geregelt und in den geltenden Gemeinsamen Empfehlungen für alle Rehabilitationsträger beschrieben. Nach dem Gesetzeswortlaut kann auf Wunsch oder mit Zustimmung des Leistungsberechtigten der Leistungserbringer an der Teilhabeplankonferenz teilnehmen. Im Gesamtplanverfahren wird der Leistungserbringer nicht ausdrücklich einbezogen.

Aus materiellen Gründen ist die Einbeziehung des Leistungserbringers – wie von der Länder-Bund-Gruppe empfohlen – erforderlich, weil im Gesamtplanverfahren über die Inhalte beraten wird, die auch die Pflichten des Leistungserbringers betreffen. In der Gesamtplanung wird z.B. über den Anteil des Regelsatzes beraten, der den Leistungsberechtigten als Barmittel verbleibt (§ 119 Abs. 2 S. 2, § 121 Abs. 2 Abs. 4 Nr. 6 SGB IX) und damit auch eine Verpflichtung für den Leistungserbringer entsteht (§ 123 Abs. 4 SGB IX). Ferner sollen auch im Gesamtplanverfahren die Grundsätze der Gemeinsamen Empfehlungen der BAR zur Anwendung kommen.

Nach Ansicht des CBP sollte vermieden werden, dass zwei parallele Verfahrensarten zur Bedarfsermittlung (Teilhabeplanverfahren und Gesamtplanverfahren) entstehen, die unterschiedlichen Verfahrensgrundsätzen z.B. bei Beteiligung von Leistungserbringern

folgen. Dies würde dem Sinn und Zweck der Regelung des § 7 Abs. 2 SGB IX widersprechen.

Das Gesamtplanverfahren stellt zwar ein besonderes Verfahrensrecht der neuen Eingliederungshilfe da. Allerdings gelten die bestimmten bundeseinheitlichen Vorgaben des Teilhabeplanverfahrens ebenfalls für das Gesamtplanverfahren. Diesem Grundsatz folgt auch die neugefasste Regelung des § 7 Abs. 2 SGB IX, der einen unbedingten Vorrang der Regelungen des Teil 1 SGB IX einräumt und somit die Umsetzung der bundeseinheitlichen Vorgaben aus dem Teilhabeplanverfahrens auch im Gesamtplanverfahren vorschreibt.

Lösungsvorschlag:

Der CBP sieht es als zwingend erforderlich an, dass der Leistungserbringer verbindlich in das Teilhabe- und Gesamtplanverfahren einbezogen wird.

§ 20 Abs. 3 Satz 2 sollte daher wie folgt lauten: „Auf Wunsch oder mit Zustimmung der Leistungsberechtigten **sind die erforderlichen** Rehabilitationsdienste, Rehabilitationseinrichtungen und das Jobcenter sowie sonstige beteiligte Leistungserbringer an der Teilhabeplankonferenz **zu beteiligen.**“

In § 121 SGB IX Abs. 3 wird eingefügt: **Ziff. 3 f) den Leistungserbringern**

5. Konkretisierung des Rechts auf digitale Teilhabe und digitale Hilfsmittel

Der CBP fordert, dass der Rechtsanspruch auf digitale Teilhabe für Menschen mit Behinderung gesichert sein muss und der Zugang zu digitalen Hilfsmitteln und zur Assistenz nicht eingeschränkt werden darf. Zu diesem Zweck müssen individuell notwendige Assistenzleistungen ausdrücklich in § 78 SGB IX gesetzlich verankert werden und eine Erweiterung des Begriffs des Hilfsmittels in § 84 SGB IX erfolgen. Es handelt sich hierbei nicht um medizinische Hilfsmittel und nicht um Pflegehilfsmittel und nicht um Hilfsmittel zur beruflichen Rehabilitation.

Es geht um:

- digitale Hilfsmittel zur analogen Teilhabe (z.B. ein Handy mit einer App zur Orientierung),
- digitale Hilfsmittel zur digitalen Teilhabe (z.B. ein Handy mit einer App für Menschen, die nicht schreiben können, aber in der digitalen Welt in sozialen Netzwerken kommunizieren wollen),
- Assistenz zur Benutzung von digitalen Hilfsmitteln
- Assistenz als Befähigung zur Teilhabe an digitalen Kommunikationswegen

Die digitale Teilhabe bezieht sich sowohl auf die Benutzung von digitalen Hilfsmitteln, als auch auf die im Einzelfall erforderliche Assistenz zur digitalen Teilhabe. Die Regelungen des SGB IX bleiben bislang weit hinter den Erwartungen der digitalen Teilhabe von Menschen mit Behinderung zurück und müssen entsprechend erweitert werden.

§ 84 SGB IX bestimmt den Begriff eines Hilfsmittels und erfasst nach der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes ausdrücklich z.B. barrierefreie Computer.

Der Begriff des Hilfsmittels in der Sozialen Teilhabe muss alle Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, auch digitale Hilfsmittel umfassen, auf welche behinderte Menschen in besonderer Weise angewiesen sind (wie z. B. das mit einer bestimmten App ausgestattete Handy). Die Benutzung von digitalen Hilfsmitteln (z.B. zur Orientierung in der Stadt durch die Benutzung einer App) kann die Selbstständigkeit und die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung effektiv unterstützen. Zum Einsatz sind jedoch fachliche Einweisungen und eine entsprechende Assistenz erforderlich. Der CBP schlägt entsprechend gesetzliche Konkretisierungen wie folgt vor.

Lösungsvorschlag:

Der CBP schlägt vor, in § 84 SGB IX die Aufnahme eines neuen Absatzes nach Absatz 1.

§ 84 Absatz 1a SGB IX:

Die Leistungen nach Absatz 1 umfassen auch digitale Hilfsmittel und Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens und zur nichtberuflichen Verwendung bestimmte Hilfsgeräte für Menschen mit Behinderung, wenn die Personen wegen Art und Schwere ihrer Behinderung auf diese Gegenstände für ihre Teilhabe angewiesen sind.

Folgende Regelung in § 78 SGB IX wird als Ergänzung des Abs. 2 Nr. 2 vorgeschlagen:

Nr. 2 die Befähigung des Leistungsberechtigten zu einer eigenständigen Alltagsbewältigung, auch unter Einsatz von digitalen Hilfsmitteln.

6. Reform der § 43a SGB XI und Aufhebung der Schnittstelle Eingliederungshilfe und Pflege

Der Deutsche Caritasverband und sein Fachverband CBP setzen sich für die Abschaffung des § 43a SGB XI ein. Menschen mit Behinderung, die in den heute als stationären Wohnformen bezeichneten Einrichtungen der Behindertenhilfe leben, muss der volle Leistungsanspruch auf Pflegesachleistungen bzw. Pflegegeld aus dem SGB XI zur Verfügung stehen, anstelle einer pauschalen Abgeltung der Pflegeversicherung in Höhe von derzeit maximal 266 Euro an den Träger der Eingliederungshilfe. Menschen mit Behinderung in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe haben in gleicher Weise Beiträge zur Pflegeversicherung geleistet wie alle anderen Versicherten und damit auch gleiche Rechtsansprüche erworben. Daher ist die derzeitige Regelung bereits aus gleichheitsrechtlichen Gründen nicht tragbar.

Nach dem alten § 55 SGB XII, der durch das BTHG in § 103 Absatz 1 SGB IX überführt wurde, galt, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe in diesen Einrichtungen auch die Pflegeleistungen umfassen. In der Praxis haben die Eingliederungshilfeträger die erhebliche Lücke zwischen der pauschalierten Leistung aus der Pflegeversicherung und der Eingliederungshilfe oft nicht gedeckt. Dies hat immer wieder dazu geführt, dass Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Pflegeeinrichtungen umgewandelt wurden oder Menschen mit Behinderung und zusätzlich hohem Pflegegrad keine geeignete Einrichtung finden können. In der Folge werden gerade Menschen mit starken Einschränkungen von ihrem Anspruch auf Teilhabe weitgehend ausgeschlossen.

Sollte der Gesetzgeber in dieser Legislaturperiode § 43a SGB XI nicht endgültig abschaffen, ist zumindest die Regelung aus § 103 Absatz 1 SGB IX zu streichen, wonach der

Leistungserbringer bei einer Feststellung, dass der Mensch mit Behinderung so pflegebedürftig ist, dass seine Pflege in der Wohneinrichtung der Behindertenhilfe nicht sichergestellt werden kann, mit dem Träger der Eingliederungshilfe und der zuständige Pflegekasse vereinbaren kann, dass die Pflege bei einem anderen Leistungserbringer erbracht wird. Diese Regelung hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderung gezwungen werden können, in Pflegeeinrichtungen umzuziehen. Dies ist insbesondere für jüngere Menschen mit Behinderung, aber auch für ältere Menschen, die ihr bisheriges Leben in einem bestimmten Wohnangebot der Behindertenhilfe verbracht haben und dort ihren Lebensmittelpunkt haben, nicht hinnehmbar.

Eine Aufhebung des § 43a SGB XI könnte zur Folge haben, dass künftig ein Pflegedienst die Pflegeleistungen in der Einrichtung der Behindertenhilfe nach den Regelungen des SGB XI zu erbringen hat. Alternativ stünde es Einrichtungen der Eingliederungshilfe frei, eigenes Pflegefachpersonal zu beschäftigen, wie das auch heute schon der Fall ist. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass in heute als stationär bezeichneten Wohneinrichtungen künftig auch Heilerziehungspfleger/innen als Pflegefachpersonal anerkannt werden. Das Berufsbild des Heilerziehungspflegers muss dabei weiterentwickelt werden. Dies ist bereits heute ein Thema, das jedoch nicht bundesweit einheitlich, sondern in den Bundesländern unterschiedlich geregelt ist.

Die Streichung von § 43a SGB XI würde schließlich sicherstellen, dass bisher ambulante Wohngemeinschaften weiterhin als ambulante Einrichtungen gelten und nicht durch unerwünschte Effekte der Neuregelung des § 71 Absatz 4 SGB XI ab 1.1.2020 als Wohnformen interpretiert werden, für die § 43a SGB XI gilt.

7. Leistungsberechtigter Personenkreis

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in der Arbeitsgruppe beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales „**Leistungsberechtigter Personenkreis**“ am 2. Juli 2019 in Aussicht gestellt, die Änderungen in § 99 SGB IX sowie die „Verordnung über die Leistungsberechtigung in der Eingliederungshilfe“ noch im Jahr 2019 zu erreichen. Da die Regelung für den Zugang zur Eingliederungshilfe entscheidend ist und umfangreiche Beratungen im Gesetzgebungsverfahren benötigt, muss diese mit Sorgfalt beraten werden.

Bewertung:

Der CBP begrüßt, dass die Regelung aus § 99 BTHG (ab 2023) noch einmal grundlegend überarbeitet wurde und dass es der Arbeitsgruppe „Leistungsberechtigter Personenkreis“ gelungen ist, einen Vorschlag für die Neubeschreibung des leistungsberechtigten Personenkreises für die Eingliederungshilfe vorzulegen.

Im Lichte der UN-BRK reicht es aber nicht aus, im Text des neuen § 99 BTHG (ab 2023) nur auf die Aufgaben der Eingliederungshilfe nach § 90 SGB IX zu verweisen. Vielmehr müssen auch die Ziele der Teilhabe (nach § 4 SGB IX) zwingend bei der Frage nach dem leistungsberechtigten Personenkreis berücksichtigt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass beispielsweise Menschen mit Behinderungen, die einen hohen Pflegebedarf haben, an die Pflegeversicherung verwiesen werden können. § 4 SGB IX macht klar, dass Teilhabeziele auch dann gelten, wenn es darum geht „**die Verschlimmerung der Behinderung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern**“. Eine ähnliche Formulierung war/ ist übrigens

bereits Grundlage für den Zugang zur Eingliederungshilfe nach dem noch geltenden § 53, Abs. 3 SGB XII.

Die neue Eingliederungshilfe unterliegt der Gefahr, dass sie zu sehr im Sinne der Zielerreichung von „Eingliederung“ agiert und die umfassendere Aufgabe der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nicht immer Beachtung findet. Die Aufnahme von § 4 SGB IX in die Rechtsnorm des § 99 SGB IX dient insbesondere dem Schutz und dem Interesse von Menschen mit Behinderungen, die einen sehr hohen Unterstützungs- und Pflegebedarf haben.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ausreichend, wenn - wie im bisherigen Entwurf vorgesehen - lediglich in der Begründung ein Hinweis aufgenommen wird, „dass insbesondere die in § 4 SGB IX aufgeführten Ziele der Leistungen zur Teilhabe bei der Auslegung der Vorschriften im SGB IX Teil 2 einbezogen werden können.“ Der Hinweis auf § 4 SGB IX muss vielmehr regelhaft bei der Umsetzung berücksichtigt werden. Es ist davon auszugehen, dass hierbei der leistungsberechtigte Personenkreis gegenüber dem Status Quo unverändert bleibt.

Lösungsvorschlag:

§ 99 Absatz 1 BTHG (2023) soll daher lauten:

„Eingliederungshilfe erhalten Menschen mit Behinderungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 und 2, die wesentlich an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind (wesentliche Behinderung), wenn und solange nach der Besonderheit des Einzelfalles Aussicht besteht, dass die **Ziele der Teilhabe nach § 4 SGB IX** und die Aufgabe der Eingliederungshilfe nach § 90 SGB IX erfüllt werden.“

Berlin, den 29.10.2019

Für den Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.

Janina Bessenich
stellvertretende CBP Geschäftsführerin und Justiziarin

Kontakt: cbp@caritas.de